

Protokoll

Des öffentlichen Teils der Sitzung des Ausschusses für Bauen und Ortsentwicklung der Gemeinde Borkwalde vom 09.10.2019

Versammlungsort: Kita "Regenbogen", Lehniner-Str. 41, 14822 Borkwalde

Beginn: 19.05 Uhr

Ende: 21.50 Uhr

Teilnehmer/innen:

anwesende AM/GV: R. Krüger, M. Heyden, A. Link, N. Wurche, M. Wiesenburg

anwesende SE: S. Schmidt, H. Heyden, Dr. L. Schröter, M. Kuschan, J. Schmidt

Amt Brück: Frau Segl, FB-Leiterin Bauen

Gäste: B. Bendschneider, E. Eska, E. Schulz, A. Hauser-Thilo, Ulf Stieler

Tagesordnung - öffentlicher Teil

1. Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Ladung, der Anwesenheit und Benennung des/der Protokollanten/in
2. Änderungsanträge zur und Feststellung der Tagesordnung
3. Information zu wesentlichen Angelegenheiten der Gemeinde
4. Entscheidung gemäß § 42 Abs. 3 Satz 2 BbgKVerf über eventuelle Einwendungen gegen die Niederschrift über den öffentlichen Teil der letzten Sitzung vom 4. September 2019
5. Einwohnerfragestunde
6. Behandlung von Anfragen der Ausschussmitglieder
7. Diskussion zur Weiterführung des Straßenbaus auf Grundlage des Straßen- und Beleuchtungskonzeptes sowie der Straßeninstandsetzung in den nächsten 5 Jahren
8. Bw-30-40/19 Antrag auf Änderung der Satzung über die Erhebung von Erschließungsbeiträgen vom 25.10.2006 (Antrag Fraktion Notgemeinschaft)
9. Termin und Zielstellung Ortsbegehung

Zu TOP 1:

Eröffnung der Sitzung durch R. Krüger um 19.05 Uhr. Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Ladung. Benennung des Protokollanten: M. Wiesenburg.

Zu TOP 2:

Keine Änderungsanträge, Tagesordnung wurde einstimmig beschlossen.

Zu TOP 3:

- Frau Segl: Info der Forstverwaltung: Es kommt zu Verzögerungen in der Bearbeitung der Waldumwandlung für den Kita-Neubau.

- Info R. Krüger zu Flämingmarkt 2020: Gemeinde Borkwalde ist derzeit einziger Bewerber.
- Info Frau Segl zum aktuellen Zustand der E.-Thälmann-Str., vorderer Bereich: Maßnahmen zur Instandsetzung verzögern sich, da Herr Bergholz erkrankt ist.
- Bezüglich der Anfrage aus der letzten Sitzung weist Frau Segl auf die Verpflichtung der Gemeinde hin, Straßen mit Namen zu versehen. Die Gemeinde sei für die Namensgebung verantwortlich.
Vorschlag L. Schröter: es soll ein Namenspool angelegt und die Bürger mit einbezogen werden. Namensvorschläge sollen außerdem über Borkwalde.de und über die Homepage der BW-Notgemeinschaft gesammelt werden. R. Krüger besteht primär auf Borkwalde.de und dann mit einem Link zu Borkwalder-Notgemeinschaft.de.

Frau Matis regt an, dass der ehemalige "Annenstieg" wieder seinen richtigen Namen bekommt, da die Müllabfuhr und diverse Paketzusteller Probleme mit der Ortsfindung haben.

Zu TOP 4:

Einwand zu Protokoll der letzten BA-Sitzung: Frau Bendschneider war als Gast anwesend und bittet um entsprechende Aufnahme ins Protokoll des öffentlichen Teils.

Dr. L. Schröter machte eine Anmerkung zum TOP 12, Abstimmung Straßenbau, ohne das Protokoll ändern zu wollen.

Abstimmung zur Ergänzung des Protokoll: Aufnahme Frau Bendschneider in die Gästeliste der Niederschrift: einstimmig beschlossen

Abstimmung der Niederschrift mit der Änderung: einstimmig beschlossen

Zu TOP 5: Einwohnerfragestunde, angefragt wurde:

- Neue bzw. alte Baumschutzsatzung. S. Schmidt informierte, dass die GV die Bearbeitung und Überarbeitung wieder aufnimmt.
- J. Schmidt fragt an, ob der nicht öffentliche Teil der Ausschusssitzung rechtmäßig ist. R. Krüger weist auf die bestehende Geschäftsordnung hin, in der dies klar geregelt ist. A. Link wiederholt dieses und weist ebenfalls auf die Gültigkeit der bestehenden Geschäftsordnung hin. J. Schmidt wird einen Antrag auf Änderung stellen.
- Herr Heyse fragt die Verbesserung/den Ausbau des Mobilfunknetzes an. A. Link nennt den Standort des Funkmastes. R. Krüger erläutert, dass es sich dabei um ein Gemeindegrundstück handelt (Kaniner Str., Ecke Siebenbrüderweg). S. Schmidt ergänzt, dass noch 2 Masten verfügbar sind, die jeweils eine Reichweite von 4 bis 5 km haben. E. Schulz meint, dass der Mast die Gemeinde abdecken wird. Genaue Fragen kann nur die Telekom als Betreiber beantworten. R. Krüger bricht die Diskussion ab.

- U. Stiehler fragt, wann die Bauarbeiten in der Kaniner Straße beginnen. Antwort: Nach Auskunft des Amtes wird das Anfang 2020 sein.
- S. Schmidt erfragt den Anschluss des neuen Wohngebietes an den Siebenbrüderweg. Frau Segl klärt die Frage im Amt.
- S. Schmidt, informiert, dass der Rodelberg gerade abgetragen wird, die Baustelle sei aber nicht abgesichert und ist öffentlich zugänglich. Es bestehe akute Unfallgefahr. Frau Segl hat es aufgenommen und leitet weitere Schritte ein: Meldung ans Ordnungsamt, Baufirma kontaktieren.

Zu TOP 6:

Anfrage von S. Schmidt um Hilfeleistung bei Erstellung Baumschutzsatzung und Erarbeitung von Gesetzestexten bzw. Pragraphen.

TOP 7:

- R. Krüger wiederholt die Beschlüsse der "alten GVS". Es kam bereits zu Beschwerden von Anwohnern , Versorgern und Beförderern. Es stehen Mittel in Höhe von 40.000€ für das Beleuchtungskonzept zur Verfügung.
- Frau Matis berichtet über den früheren Straßenausbau in Borkwalde und schlägt vor eine "Straßenbaukasse" einzurichten, bzw. die Möglichkeit zu prüfen.
- R. Krüger spricht die Probleme der letzten fünf Jahre, bezüglich des Straßenbaus, an.
- A. Link bemängelt das Verfahren zur Berechnung der Anliegerbeiträge. " Es sei für die Bürger zu kompliziert, selbst ihren Beitrag zu Berechnen."
- N. Wurche bringt Vorschläge/Verfahren zur Instandsetzung der E.-Thälmann-Str. ein: "Fachgerecht Reparieren lassen, mit Heißbetumen."
- Frau Segl bringt ihre Meinung dazu ein, man solle die Kosten für die Entsorgung beachten.
- E. Eska berichtet über ein Telefonat mit Hr.Bergholz (Amt Brück), der sich das zeitnah selbst ansehen möchte. Dies wird sich aber aufgrund Urlaub und Krankheit verzögern.
- M. Urban schlägt vor, eine genau Berechnung der Kosten, für jedes einzelne Grundstück, anzustellen.
- Frau Matis bemängelt, dass Anfragen an die Amtsverwaltung, bezüglich der anfallenden Kosten bis heute nicht beantwortet wurden.

- R. Krüger zeigt die Planzeichnung der Klarstellungs- und 2. Ergänzungssatzung und erläutert diese.
- S. Schmidt weist auf die aktuelle Ortssatzung hin: "Der Bürger entscheidet ob Straßen gebaut werden oder nicht". Sie schlägt vor, diesen Punkt wieder raus zu nehmen. Die Gemeinde ist für den Straßenbau und die Straßenunterhaltung verantwortlich und habe außerdem noch eine Sicherungspflicht.
Die Bürger müssen über die genauen Kosten und über die Folgen informiert werden, wenn keine Straßen gebaut werden.
- Frau Matis bemängelt den Informationsfluss zu den Bürgern.
- Dr. L. Schröder fasst zusammen: Eine erneute Bürgerversammlung einzuberufen. Die Kosten für die Straßenbeleuchtung fallen weg, nach neuer Gesetzeslage. Es soll die Möglichkeit einer Stundung der Kosten angesprochen werden.
- Frau Segl spricht die möglichen Sorgen der Anlieger an, "Existenzangst der Bürger, wenn die Kosten nicht bezahlt werden können.

Im Ergebnis der Diskussion wird eine **Beschlussempfehlung an die GV zur Durchführung einer zweiten Anliegerversammlung mit detaillierten Infos** (Anlage 1) beschlossen:
Abstimmung:

Ja:	5 GV	4 SE
Nein:		1 SE
Enthaltung:		0

- R. Krüger spricht über die Kosten, die auf der 1. Anliegerversammlung genannt wurden.
- Dr. L. Schröder argumentiert mit Wertsteigerung der Grundstücke, der Beleihungswert steigt dadurch.
- Frau Urban spricht über das Einbringen eines Wurzelschutzes. N. Wurche erläutert dieses.
- E. Eska schlägt vor, in Vorbereitung auf die 2. Anliegerversammlung, einen Fragenspiegel zu erarbeiten, in dem klare Antworten auf kommende Fragen zusammen getragen werden sollen.
- A. Link; " Man solle auch den weiteren Straßenausbau betrachten."

Daraufhin trägt R.Krüger die Prioritätenliste für den Straßenausbau vor. Lichtmasten sind marode und müssen auch ersetzt werden. Es bestehe Einsturzgefahr einiger Masten. Das Amt

wird gebeten die Situation zu prüfen. Auch finanziell, ob es eventuell neue Förderprogramme gibt, oder ob sich die Gesetzeslage dies bezüglich geändert hat. Die Investitionen müssen in den Haushaltsplan mit eingebracht werden. Bitte an den Finanzausschuss, konkreten Ablaufplan zu erstellen.

- N. Wurche bittet um genaue Prüfung, wie beleuchtet werden muss (Abstände der Masten untereinander, Höhen, u.s.w.).
- H. Heyden meint, "Man sollte LED-Leuchten favorisieren, da diese sehr hell leuchten und somit die Abstände der Masten vergrößert werden könnten."
- R. Krüger trägt eine Kostenschätzung von AQUAPLAN zur Beleuchtung vor.
- N. Wurche schlägt vor, die Beleuchtung auf die Fahrradweg-Seite zu setzen.
- R. Krüger gibt die Leitung um 20.52 Uhr an N. Wurche ab und übernimmt um 20.57 Uhr wieder mit der Frage: "Wann kann die Beleuchtung E.-Thälmann-Str. in den Haushalt rein, 2021?"

Beschlussempfehlung für GVS: " Aufnahme in den Haushalt für 2021. "

Abstimmung:

Einstimmig beschlossen

Dr. L. Schröder, weist darauf hin, dass der Flächennutzungsplan weiterbearbeitet werden muss.

N. Wurche fragt nach, ob wieder einen "Schotteraktion" für 2020 stattfinden soll.

Antwort: Ja, aus der Diskussion heraus.

In der Diskussion um die Straßeninstandhaltung kommt der Ausschuss zu dem Schluss, dass die jetzt geplanten Mittel pro Jahr nicht ausreichen werden. Deshalb wird vorgeschlagen, in den Haushalt eine Erhöhung auf 50.000 € einzuplanen.

Abstimmung über Mittel für Straßen- Instandhaltung 2020, 50.000€ statt 35.000€.

Einstimmig beschlossen.

R. Krüger wird dies im Ausschuss für Finanzen, Wirtschaft und Soziales in der morgigen Sitzung beantragen.

Zu TOP 8:

Der Antrag der Notgemeinschaft sieht vor, die Aufteilung der Kosten für Erschließungsmaßnahmen auf das Verhältnis 70% Anlieger/ 30% Gemeinde satzungsmäßig zu ändern.

- Vorwurf aus den Reihen der Gäste: es sei doch nie gegenüber der Kommunalaufsicht (KA) probiert worden.
- E. Eska ist ebenfalls dafür, mit der KA zu sprechen.

Das Haushaltssicherungskonzept wurde daraufhin mehrmals zu Sprache gebracht.

R. Krüger weist in diesem Zusammenhang darauf hin, dass die Gemeinde verpflichtet ist, alle Einnahmequellen der Gemeinde, die gesetzlich geregelt sind, auszuschöpfen. Sie verliest einen Artikel eines Anwalts, der den "Untreuetatbestand" und dessen Konsequenzen daraus erläutert.

Dr. L. Schröter meint, man sollte mit der Änderung warten, bis das Projekt Kita abgeschlossen sei.

M. Kuschan bringt ein, dass 30% von der Gemeinde nie finanziert werden können.

Abstimmung ob mit Kommunalaufsicht gesprochen werden soll.

Ja: 4 GV 3 SB

Nein: 0

Enthaltung: 1 GV 1 SB

L.Schröder zur Abstimmung abwesend.

Zu TOP 9:

Ein genauer Termin für eine Ortsbegehung mit Amtsdirektor und Bauamt (GV-Beschluss) soll nach der Frostperiode, für Ende Februar 2020, festgelegt werden.

Vorgeschlagen wird aber, zeitnah eine Ortsbegehung des Ausschusses durchzuführen. Bezüglich eines Termins dafür wird R. Krüger eine Doodle-Umfrage durchführen.

R.Krüger, Ausschuss-Vorsitzende

M.Wiesenburg, Protokollant

Anlage 1: Beschlussempfehlung – zweite Anliegerversammlung Ernst-Thälmann-Straße

Anlage 1 zum Protokoll der Ausschusssitzung vom 9.10.2019

Ausschuss für Bauen und Ortsentwicklung
Gemeindevertretung Borkwalde

Borkwalde, 15.10.2019

Beschlussempfehlung für die Sitzung der Gemeindevertretung am 06. November 2019

Durchführung einer weiteren Informationsveranstaltung für Anlieger/-innen der Ernst-Thälmann-Straße zum Straßenbau

Die Gemeindevertretung Borkwalde beschließt,

eine nochmalige Informationsveranstaltung für Anlieger/-innen der Ernst-Thälmann-Straße zum geplanten Straßenbau durchzuführen.

Diese Veranstaltung soll den Anliegern/-innen detaillierte Informationen über die Maßnahme selbst und über Gründe und Bedingungen vermitteln, die mit deren Umsetzung und Finanzierung verbunden sind.

Insbesondere sollen folgende Punkte behandelt werden:

- Warum ist der Straßenbau notwendig und warum wird es keine flächendeckende Instandsetzung geben können?
- Was passiert, wenn die Straße nicht gebaut wird?
- Wie sollte die zukünftige Straße aussehen?
- Welche Kosten wird der Straßenbau verursachen und was wird davon in die Anliegerbeiträge eingerechnet?
- Wie sieht das Berechnungsmodell zur Ermittlung der Beiträge aus?
- Welche Beiträge würden auf Basis der derzeit bekannten geschätzten Kosten pro Anlieger entstehen?
- Wie ist das mit der Finanzierung der zu erneuernden Straßenbeleuchtung?
- Müssen die Grundstückszufahrten bezahlt werden?
- Was passiert, wenn der Beitrag nicht auf einmal gezahlt werden kann? Welche Finanzierungshilfen bietet die Gemeinde an?
- Welche Anforderungen und Wünsche haben die Anlieger/-innen an den Straßenbau

Die Einladung ist mit einer Frist von 4 Wochen vor dem Sitzungstag an die Anlieger/ innen zu versenden. Das Amt ist beauftragt, die Veranstaltung in Zusammenarbeit mit dem Planungsbüro so vorzubereiten, dass die o.g. Fragen beantwortet werden.

Alle Mitglieder der Gemeindevertretung und die sachkundigen Einwohner/-innen des Ausschusses für Bauen und Ortsentwicklung sind ebenfalls einzuladen.

Begründung:

Im Ausschuss für Bauen und Ortsentwicklung gab es mit der Auswertung der Anliegerbefragung zum Straßenbau Ernst-Thälmann-Straße eine intensive Diskussion zum Abstimmungsergebnis. Es wurde festgestellt, dass in der Anliegerversammlung am 8. Mai 2019 offensichtlich die Notwendigkeit, die

vorgesehene Bauart und die Kosten nicht tiefgründig und überzeugend genug dargestellt wurden. Aus diesem Grunde schlägt der Ausschuss vor, in einer weiteren Gesprächsrunde mit den betroffenen Anliegern offene Fragen zu klären und sowohl Verständnis und Verantwortung für diese Maßnahme zu gewinnen.



Renate Krüger
Ausschussvorsitzende